

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/119

Bonn, den 28. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Hoffentlich nicht zu spät</u>	64

Bemerkungen zu den Richtlinien
für kommunale Kontakte an der Zonengrenze
Von Edwin Zerbe, MdB, Landrat Bad Hersfeld

2	<u>Die Gäste aus Rom</u>	33
---	--------------------------	----

Ein Staatsbesuch mit erfreulichen Akzenten

3 - 4	<u>Vollmachten für Erhard ?</u>	66
-------	---------------------------------	----

Bankrotterklärung des Bundeskanzlers

Von H. G. Hilzel

5 - 6	<u>KFF-Strategie: 1935 oder 1946 ?</u>	85
-------	--	----

Spekulationen auf Regierungsbeteiligung
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Hoffentlich nicht zu spät

Bemerkungen zu den Richtlinien
für kommunale Kontakte an der Zonengrenze

Von Edwin Zerbe, MdB, Landrat Bad Hersfeld

Hoffentlich nicht zu spät... sind sie gekommen, die Richtlinien für die kommunalen Kontakte an der Zonengrenze. Am Mittwoch, dem 22. 6. 1966, am gleichen Tage, an dem einige Fragen des Verfassers dieses Artikels an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im Bundestag zur Beantwortung anstanden, sind sie der Presse und damit der Öffentlichkeit übergeben worden. Bereits am 18. 4. 1966 und danach wiederholt hatte der Bundesminister Dr. Merde die Herausgabe dieser Richtlinien als "nahe bevorstehend" angekündigt. In den letzten drei Wochen waren diese Ankündigungen erneut auf Konferenzen und Tagungen herausgestellt worden.

In der Fragestunde bestritt der Bundesminister, daß es sich bei den neuen Richtlinien um eine Neufassung und Erweiterung der bereits bestehenden Richtlinien aus dem Jahre 1954 handle; sie seien "etwas ganz Neues". Die Tatsache, daß mit den neuen, am 22. Juni 1966 der Öffentlichkeit übergebenen Richtlinien diese früheren Bestimmungen aufgehoben werden, scheint jedoch das Gegenteil zu beweisen.

Es sei hier nichts gegen den Inhalt dieser Richtlinien gesagt, sie bringen eine erfreuliche Ausweitung und Klarstellung für alle Behördenleiter, insbesondere diejenigen kommunaler Dienststellen an der Zonengrenze. Ihr Wert wird auch nicht dadurch gemindert, daß eine ganze Reihe von nützlichen Kontakten bereits vor Erlaß dieser Richtlinien in früheren Jahren von einzelnen Persönlichkeiten an der Zonengrenze angeknüpft werden konnten. Stellung nehmen möchte ich in erster Linie zu der Frage, ob es notwendig ist, daß alle diese Dinge jeweils in großen Schlagzeilen behandelt und angekündigt werden.

Nach meiner Auffassung ist das Gift für die Anknüpfung von neuen Verbindungen und für die Stärkung vorhandener Kontakte. Diese Bemühungen müssen in aller Stille und ohne Propagandageschrei erfolgen.

In der Fragestunde des Bundestages am 22. Juni habe ich bereits die Befürchtung ausgesprochen, daß in Zukunft jedem Landrat, Bezirkskreisdirektor, Bürgermeister oder Oberstadtdirektor als erstes von seinen mitteldeutschen Gesprächspartnern der Vorwurf begegnen wird: sie wollen ja gar nicht über kommunale Probleme zum Wohle der Bevölkerung beiderseits der Zonengrenze mit uns verhandeln, sondern kommen aufgrund der Ihnen gegebenen Richtlinien als "Handlanger der imperialistischen und revanchistischen Bundesregierung".

Es wäre nicht das erste Mal, daß eine gewisse Sucht nach Schlagzeilen den Kontakten an der Zonengrenze geschadet hätte. Bekanntlich waren von dem Verfasser des Artikels Anfang 1964 Gespräche mit den Vertretern des benachbarten Kreises Bad Salzungen angeknüpft worden, um Vereinbarungen über technische Fragen des Feuerlöschwesens, der Trinkwasserversorgung, der Vorflutregulierung und der gemeinsamen Seuchenbekämpfung zu treffen. Dabei sollten auch die Möglichkeiten zur Schaffung eines kleinen Grenzverkehrs für die Einwohner der beiden benachbarten Kreise erörtert werden.

Damals konnte Bundesminister Merde sich nicht genug über diese Gespräche entrüsten. Seine Formulierung: "Es könne nicht jeder Landrat auf eigene Faust Politik machen" wurde er nicht müde zu wiederholen. Um so erstaunlicher war es dann, als der Bundesminister bei

dem Landesparteitag der FDP in Wesel am 17. April 1964 diesen Vorschlag selbst aufgriff und so weit ging, Ost-Berlin zu einer Antwort aufzufordern. Die Antwort wurde prompt zwei Tage später im SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" erteilt mit dem Hinweis, daß Herr Dr. Mende vor solchen Gesprächen zunächst die sogenannte Staatsgrenze anerkennen müsse. Die Gespräche zwischen dem Landrat von Hersfeld und dem Kreisratsvorsitzenden von Bad Salzungen, die am 4. Mai 1964 fortgesetzt werden sollten, wurden damals durch ein Telegramm mit ausdrücklichem Hinweis auf die Äußerung westdeutscher Regierungsmitglieder abgeesagt...

Zusammenfassend kann man nur hoffen, daß die neuen Richtlinien, die sicherlich zwei Jahre zu spät kamen, trotzdem ihre Wirkung haben werden. Vor allem aber sollte allen mit diesen Fragen befaßten Politikern der eine Grundsatz heilig sein: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

+ + +

Die Gäste aus Rom

Ein Staatsbesuch mit erfreulichen Akzenten

sp - Der Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Moro und seines Außenministers Fanfani in der Bundesrepublik hebt sich durch seinen Mangel an spektakulären Veranstaltungen wohl tuend von anderen Besuchen ab. Wir glauben zu wissen, daß die italienischen Gäste ausdrücklich gewünscht hatten, jedes überflüssige Brimborium zu vermeiden. Dafür sind wir ihnen dankbar, denn vielleicht hätte man in Paris oder anderswo auf die Idee kommen können, die Bundesrepublik wolle einen anderen Staatsbesuch, der zur gleichen Zeit stattfindet, spektakulär kontern.

Wie die ganze Anlage dieses Besuches, so zeichnet sich auch das Arbeitsergebnis ab. In den Grundfragen der EWG und der NATO gibt es wenig Meinungsverschiedenheiten, es sei denn, daß die Experten noch beauftragt werden müssen, die europäische Agrarpolitik speziell unter die Lupe zu nehmen. Auch im Blick auf den möglichen Beitritt Großbritanniens und anderer EFTA-Mitglieder zur EWG herrscht zwischen Gastgeber und Gästen Einmütigkeit.

Es ist jedoch anzunehmen, daß der italienische Ministerpräsident und sein Außenminister dem Bundeskanzler sorgenvoll zu bedenken gegeben haben, Bonn möge das Verhältnis zu Paris wegen der bekannten Haltung de Gaulles zur NATO nicht allzu sehr strapazieren. Die italienische These ist einfach: je mehr man de Gaulle vor den Kopf stößt und ihm Motive für sein Verhalten unterstellt, die andere erscheinen, als er sie selbst sieht, um so heftiger wird er darauf reagieren. Hierbei wissen die italienischen Gäste aus leidvoller Erfahrung, daß jede Verhärtung des Verhältnisses zwischen Paris und Bonn der kommunistischen Partei in Frankreich und Italien zugute kommt. Deshalb bemüht man sich bei den deutsch-italienischen Gesprächen um ein Höchstmaß von Pragmatismus in der Beurteilung der Politik de Gaulles gegenüber den kommunistischen Ostblockländern.

Inabhängig davon scheint uns der Besuch nützlich zu sein, bringt er doch in das etwas steife Zeremoniell des offiziellen Bonn eine Atmosphäre der selbstverständlichen Freundschaft, wie man sie sich auch bei anderen Staatsbesuchen wünschte.

+ + +

Vollmachten für Erhard ?

Bankrotterklärung des Bundeskanzlers

Von H. G. Ritzel

Professor Erhard sieht keinen Ausweg mehr, um Ordnung in seinem Sinne zu schaffen als den Weg der Vollmachten zu beschreiten. Welch' eine Bankrotterklärung! Die Geister, die er rief, wird er nun nicht mehr los, möchte man mit dem Zauberlehrling rufen. Da hat der Bundeskanzler eine auf Koalition beruhende Regierungsmehrheit, da bestimmt er nach dem Grundgesetz die Richtlinien der Politik und trotzdem - es klappt nicht. Nichts und nirgends. Erhard ruft nach Ermächtigung. Warum gelingt es ihm nicht, seinen Kanzlerwillen durchzusetzen? Und was stellt er sich unter Ermächtigungen vor?

Wer soll die geben? Diejenigen, die ihm nicht zu folgen bereit sind, seine eigenen Banner- und Schildträger? Oder vielleicht die Sozialdemokraten? Selbst Professor Erhard ist politisch nicht so unarrafen, als daß er dies annehmen könnte. Also sollen die Abgeordneten der CDU, der CSU und die Freien Demokraten ihm Vollmacht erteilen. Vollmachten gegen ihre eigene Erkenntnis und Überzeugung, denn wenn es nicht so wäre, stünde der Mehrheit, über die Erhard im Bundestag verfügt, ja der Weg der Gesetzgebung offen. Warum wird dieser legale Weg nicht beschritten? Liegt die Schuld an diesem Versagen allein bei den Regierungsparteien, eine Schuld, die Erhard zwingen müßte, gegen seine Gefolgsräner an Gesetzesstatt in Wege der Ermächtigung Verordnungen zu produzieren? Oder liegt die Schuld woanders?

Die Schuld liegt beim Kanzler selbst. Sie liegt an dem erschütternden Mangel an Führung, liegt an der Unfähigkeit, den Tatsachen, so wie sie sind, gerecht zu werden und die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Erhard will die Ausgaben des Bundes drosseln. Ist er nicht in der Lage, seine eigne Gefolgschaft zu überzeugen oder ist diese Gefolgschaft davon überzeugt, daß sich Erhard auf dem falschen Weg befindet und verweigert sie ihm um deawillen die Gefolgschaft?

Erhard will den Ländern an die Gurgel, will ihre Ausgabewirtschaft drosseln. Welche Ausgabewirtschaft denn? Die Sozialausgaben der einzelnen Länder oder ihre Aufwendungen für Schulen und Hochschulen? Oder was sonst? Der Kanzler kennt das Grundgesetz, er kennt den föderativen Aufbau der Bundesrepublik und die Kompetenzabgrenzungen. Will er das Grundgesetz und die in ihm verbrieflichten Rechte ändern? Mit einem Ermächtigungsgesetz? Der Bedarf des deutschen Volkes ist auf diesem Gebiet vollumfänglich gedeckt.

Erhard will den Gemeinden den Brotkorb noch höher hängen als er schon hängt. Wie denn? Er muß als Bundeskanzler doch wissen, daß die meisten Gemeinden aus dem letzten Loch pfeifen, daß dringend notwendige Arbeiten an Abwasserleitungen und Straßenbauten bereits eingestellt werden mußten, daß, wenn der Bundesregierung nicht endlich etwas Vernünftiges einfällt oder vernünftige Vorschläge von ihr übernommen werden, begonnene Schulbauten, Krankenhausbauten, große Straßenbauprojekte, der Bau von Untergrundbahnen in den Großstädten und vieles andere an lebensnotwendigen Leistungen der Gemeinden und Kreise aus Mangel an Mitteln über kurz oder lang gestoppt werden müssen.

Der Kanzler ist nach seinem Eid verpflichtet, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Er soll damit den Anfang machen, er hätte ihn schon viel früher machen müssen. Mit Predigten allein ist es nicht getan. Warum ist Erhard nicht mit gutem Beispiel vorangegangen? Warum hat er seinen Millionen-Reptilienfonds nicht entscheidend gekürzt und der parlamentarischen Kontrolle unterstellt? Warum hat Erhard nicht die Methode des durch Gesetz legalisierten Steuerbetrugs auf dem Gebiete des Spesenabzugs geändert? Warum? Warum tut er als Bundeskanzler alle gut durchgeführten Vorschläge mit einer brüskierten Bewegung ab, statt sie zu prüfen und danach verantwortlich zu handeln?

Noch haben wir Staatsbürger die Freiheit des Wortes und sind verpflichtet, diese Freiheit zu nützen. Wenn der Bundeskanzler nicht in der Lage ist, seine Gefolgsleute zu überzeugen, wenn sich ihm die Mehrheit versagt, die ihn gewählt hat, dann muß es nicht an dieser Mehrheit liegen. Aber bei wem wird die Ursache zu suchen sein? Muß man wirklich dreimal raten?

KPF-Strategie: 1936 oder 1946 ?

Spekulationen auf Regierungsbeteiligung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Es wäre übertrieben, de Gaulles Moskalkurs auf eine innenpolitische Wahlspekulation reduzieren zu wollen. Das außenpolitische Konzept des General-Präsidenten existiert unabhängig von innenpolitischen Fluktuationen. Dennoch trägt das unveränderte zahlenmäßige Gewicht der kommunistischen Partei Frankreichs in der 5. Republik - ebenso wie schon vorher in der 4. Republik - wesentlich dazu bei, die weltpolitischen Manöver des Gaullismus zu akzentuieren.

Für de Gaulle und die Gaullisten ist die KPF seit langem salonfähig. Sie war es schon 1942 bis 1946, als kommunistische Minister in de Gaulles Regierung saßen, insbesondere die Minister für Arbeit, Rüstungsproduktion und Sozialpolitik, damals im Zeichen der außenpolitischen Verständigung zwischen Paris und Moskau. Bei ähnlicher außenpolitischer Konjunktur wird die KPF vom gaullistischen Standpunkt ohne weiteres wieder regierungsfähig.

Die Zeit ist reif

Diese weltpolitische Situation ist jetzt eingetreten. Die Allianz zwischen Frankreich und der Sowjetunion steht wieder auf der Tagesordnung. Die KPF spendet schon seit über einem Jahr immer lauterem Beifall für de Gaulles außenpolitischen Kurs. Ihre Kritik beschränkt sich nur noch auf zweitrangige Punkte.

Es gibt in Frankreich zwei historische Beispiele für eine direkte oder indirekte Regierungsbeteiligung der KPF: 1936 ("Volksfront") und 1942-46 (de Gaulles erste Regierung).

In den dreißiger Jahren unterstützten die Kommunisten die "Volksfrontregierung" des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Léon Blum, waren aber in ihr nicht vertreten. Die großen Sozialreformen des französischen "Volksfront" (40-Stunden-Woche, bezahlter Urlaub, Sozialversicherung, usw.) wurden von einer sozialdemokratisch geführter Koalitionsregierung ohne Kommunisten durchgeführt - was man im Ausland zu wenig weiß.

Erst in den vierziger Jahren wurde die KPF, zuerst im Exil und dann in Paris, zum erstenmal Regierungspartei - unter de Gaulle.

Offene Debatte

Heute diskutiert man in allen politischen Parteien und Kreisen Frankreichs ganz offen darüber, ob die KPF in nächster Zeit nach dem Beispiel der dreißiger Jahre (also als "loyale" Oppositionspartei) oder nach dem Muster der vierziger Jahre (d.h. als Regierungspartei) wieder im politischen Leben aktiv teilnehmen soll. Man hält es jedenfalls für unvermeidlich, daß die KPF nach de Gaulle oder vielleicht sogar noch unter de Gaulle in dieser oder jener Form zum Zuge kommt.

In diesem Zusammenhang muß man den Beschluß Mitterrands und Mollets verstehen, der ausländische Beobachter verblüffen mag, in Frankreich aber längst erwartet wurde. Die demokratischen Links- und Mittelparteien sind in der großen Mehrheit bereit, mit den Kommunisten taktische Wahlabkommen zu schließen - wie bereits während der Präsidentschaftskampagne im vorigen Jahr - und auch über ein gemeinsames Aktionsprogramm zu verhandeln. Ja, sie wollen die KPF für den Fall des Wahlsieges auf positive Regierungsbeteiligung festlegen, schon um demagogischer Oppositionsmanövern vorzubeugen. Selbstverständlich sollen den Kommunisten bestimmte Schlüsselministerien vorenthalten bleiben (Außenministerium, Innenministerium, Landesverteidigung), wie dies bereits in de Gaulles erster Regierung der Fall war.

Vorbehalte

Eine Minderheit der demokratischen Linksföderation, insbesondere der Marseiller Bürgermeister Gaston Defferre, warnt vor einer "einseitigen Festlegung". Er unterstreicht, daß ein Wahlpakt mit den Kommunisten "unzureichend" sei und daß man auch mit Lecanuets Zentrumspartei Abkommen schließen müsse. Mit anderen Worten, auch Defferre spricht sich nicht mehr ausdrücklich gegen j e d e Vereinbarung mit der KPF aus.

All das ist für ausländische Beobachter oft unbegreiflich. Man darf aber nicht vergessen, daß Frankreichs Uhren eben schon seit langem "anders" gehen. Die Kommunistische Partei ist hier stärker als anderswärts. De Gaulles Regime und Außenpolitik schaffen außerdem eine besondere Situation. Und vor allem: die KPF bestätigte sich schon in der Vergangenheit - gerade als Koalitionspartnerin de Gaulles - als "staaterhaltende" und "nationalbetonte" Kraft. Wie weit sie nicht dennoch ein bloßes Instrument des Kreml geblieben ist, wird erst die Zukunft lehren.